

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium Stadtrat	Termin 28.01.2015	Status öffentlich - Kenntnisnahme	Ergebnis
---	-----------------------------	--	-----------------

Verkehr in Fürth: Beantwortung von Anfragen aus den Bürgerversammlungen November 2014

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
Anlagen:	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen des Baureferenten zustimmend zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Auf den Bürgerversammlungen im November 2014 wurden verschiedenen Anfragen / Anträge zum Themenkomplex Verkehr an die Stadt Fürth gerichtet, die nachfolgend – soweit jetzt schon möglich – beantwortet werden sollen.

Bürgerversammlung West vom 06.11.2014:

Antrag von Frau Claudia Schneider, Herrn Siegfried Tiefel und Herrn Holger Carl:
Verkehrsentwicklungsplan/Autobahnverbindung Herzogenauracher Straße-
Hafenstraße:

Antrag:

Die Bürgerversammlung West lehnt den Bau einer Autobahnverbindungsstraße zwischen Herzogenauracher Straße/Pfaffenhecke in Vach und der Hafenstraße ab.

Der Verkehrsentwicklungsplan für Fürth ist ohne eine Verbindungsstraße zwischen Herzogenauracher Straße/Pfaffenhecke in Vach und der Hafenstraße zu erstellen.

Der Fürther Stadtrat möge folgendes beschließen:

Mit dem Ziel von Verkehrsentlastungen für die Stadtteile im Fürther Norden und Westen ist im Rahmen der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes zu untersuchen:

1. Ein weiterer hochwasserfreier Talübergang über die Regnitz auf Fürther Stadtgebiet.
2. Zur Entlastung von Stadeln die Wirkung einer Trasse FÜ4neu als Autobahnanbindung bei Herboldshof anstatt der Herboldshofer Straße

Zur Entlastung von Burgfarnbach die Wirkung einer kleinen Nordumgehung von der Mainstraße bis zur Oberfarnbacher Straße.

Antwort der Verwaltung:

Für den Verkehrsentwicklungsplan wurde noch vor Erstellung von Ausschreibungsunterlagen den Bürgern und Verbänden die Möglichkeit gegeben, Ihre Fragen und Anregungen einzubringen. Diese werden geprüft und nach Möglichkeit aufgenommen. Auch die Maßnahmenvorschläge sollen soweit möglich in der Untersuchung berücksichtigt werden. Die frühzeitige Beteiligung und nachvollziehbare Darstellung der einzelnen Arbeitsschritte, der verwendeten Daten und Methoden soll dazu beigetragen, zumindest einen möglichst breiten Konsens hinsichtlich der Verlässlichkeit der Daten und Methoden und der damit gewonnen Ergebnisse zu erreichen. Der generelle Ausschluss oder die Priorisierung von Maßnahmen (oder bestimmter Alternativen) im Vorfeld wird jedoch abgelehnt, da dadurch die erforderliche Diskussion über das Für und Wider bestimmter Lösungen unterbunden wird und jeder sachlichen Diskussion damit der Boden entzogen würde.

Die Bewertung einzelner Maßnahmen findet erst in einer relativ späten Prozessphase statt und ist neben der – objektiv ermittelbaren – Wirkungen auch abhängig von den noch zu formulierenden Zielen und Wertvorstellungen, die ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend vorliegen.

Bei einem frühzeitigen Ausschluss von (oder einer frühzeitigen Festlegung auf bestimmte) Maßnahmen würde der gesamte zeit- und kostenintensive Prozess der Verkehrsentwicklungsplanung konterkariert werden.

In welchem Umfang eine Umgehung zu Verkehrsentlastungen führt, inwieweit diese an anderer Stelle zu Belastungen führt, welche Neben- und Fernwirkungen damit verbunden sind und ob ggf. andere Maßnahmenbündel zu ähnlichen Wirkungen führen würden, kann im Vorfeld der Untersuchung – logischerweise – nicht beantwortet werden, sondern ist Ergebnis der Untersuchungen.

Der Prozess der Verkehrsentwicklungsplanung wurde zudem auf Wunsch der BI Verkehr Fürth Nord e.V. interessierten Mitgliedern und Bürgern am 16.12.2014 vorgestellt und diskutiert.

Denkverbote oder Vorfestlegungen im Vorfeld sollten nicht erfolgen.

Bürgerversammlung Süd vom 13.11.2014:

Antrag 1 von Herrn Dr. Lenz zum Fahrradweg-Abschnitt Fronmüllerstraße

Schlechte Gehwegqualität und fehlender Fahrradweg-Abschnitt Fronmüllerstraße nach Kreisverkehr Waldstraße.

Kommt man als Fahrradfahrer vom Kreisverkehr in die Fronmüllerstraße und will nach Westen fahren, dann müsste man streng genommen auf der Auto-Fahrbahn bleiben. Angesichts des vielen Verkehrs wäre es sicherer, man könnte auf dem Gehweg bleiben – dort beginnend, wo jetzt eine neue Litfaßsäule steht. Da es noch Restgelder von dem Konversions-Projekt gibt, könnte man auf beiden Seiten einen Fahrradweg ausweisen und den erdigen Gehweg etwas versiegeln.

Antwort der Verwaltung:

Die Problematik der Radverkehrsführung ist in der Verwaltung ebenfalls bekannt und in Bearbeitung. Wegen der vorhandenen Breiten, der Nutzungskonkurrenzen (z. B. Bushaltestelle und Gehweg vor dem Altenheim) und der Ermöglichung zügig und sicher befahrbarer Abbiegebeziehungen (z. B. in die Hans-Bornkessel-Straße) untersucht die Verwaltung verschiedene Möglichkeiten der Radverkehrsführung in diesem Bereich. Die Maßnahme ist im

aktuellen Entwurf des Radverkehrskonzepts unter M 172 vermerkt und zur kurz- bis mittelfristigen Umsetzung vorgesehen.

Antrag 2 von Herrn Dr. Lenz zur Einrichtung von Fahrradwegen an der Doppelkreuzung Schwabacher Straße/An der Post/Maxstraße

Einrichtung von Fahrradwegen an der Doppelkreuzung Schwabacher Straße/An der Post/Maxstraße

Wenn man als Fahrradfahrer die Schwabacher Straße stadteinwärts fährt, dann hat man den Eindruck, man ist ab der Bahnunterführung unerwünscht. Es ist kein Fahrradweg ausgewiesen in der Unterführung und weiter stadteinwärts. Bei dem hohen Verkehrsaufkommen an dieser Stelle fühle ich mich als Radfahrer bedrängt.

Ich beantrage, für die Kreuzung mittelfristig eine fahrradfahrerfreundliche Lösung auszuarbeiten und im Stadtrat zu beschließen.

Vorbilder könnten sein. Kreuzung Jakobinen-/Gebhardtstraße, Erlangen/Schlachthof, Amsterdam, Kopenhagen

Antwort der Verwaltung:

Die Problematik der Radverkehrsführung an dieser Stelle ist in der Verwaltung ebenfalls bekannt und in Bearbeitung. Wegen der vorhandenen Unterführungen, der engen Knotenpunktabstände sowie des relativ hohen Verkehrsaufkommens ist eine sichere, leistungsfähige und möglichst komfortable Führung aller Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, Busse sowie Pkw und Lkw) nur schwierig zu erreichen. Zudem müssen die Nachrüstung eines Anprallschutzes für die Eisenbahnüberführung sowie die Schaffung von Barrierefreiheit weiter berücksichtigt werden. Wegen der zahlreichen zu klärenden Fragen ist derzeit noch keine konkrete Planung vorhanden. Diese Maßnahme ist jedoch ebenfalls im Radverkehrskonzept als Untersuchungsabsicht U 175 enthalten..

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
☐ nein	☐ ja	☐ nein	☐ ja
Gesamtkosten		€	
Veranschlagung im Haushalt		im ☐ Vwhh ☐ Vmhh	
☐ nein	☐ ja	Hst. Budget-Nr.	
wenn nein, Deckungsvorschlag:			

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Stadtplanungsamt**

Fürth, 20.01.2015

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Stadtplanungsamt

